

Breitbandausbau

Bahn frei für Beschäftigung

Mit einer guten Entscheidung überraschte die Bundesnetzagentur (BNetzA) kurz nach Ostern die Öffentlichkeit: Demnach will die Regulierungsbehörde die Einführung von Vectoring genehmigen. Telekom Deutschland und konkurrierende Netzbetreiber dürfen künftig ihre Anschlussnetze entsprechend modernisieren. Davon profitiert der Breitbandausbau in Deutschland und viele bedrohte Arbeitsplätze werden kurzfristig gesichert und langfristig neue Jobs geschaffen.

Schon im vierten Quartal 2012 glimmte der Vectoring-Hoffnungsfunke. Im Herbst hatte sich die Telekom bei diversen Verhandlungen mit ver.di und den Betriebsräten in die Pflicht nehmen lassen. In Erwartung der Einführung von Vectoring und den damit verbundenen Arbeitsplätzen konnten weitreichende Zugeständnisse zu Ausbildungs- und Übernahmekosten und Altersteilzeitregelungen verabredet werden. Dabei stellte die Arbeitgeberin immer klar, dass diese Verabredungen nur durchzuhalten wären, wenn der Breitbandausbau durch die Zulassung von Vectoring neuen Schwung bekäme.

Noch kurz zuvor standen die Zeichen zwischen ver.di und Telekom in Sachen Ausbildung und Übernahme auf Sturm. Unter anderem wegen des schleppenden Breitbandausbaus wollte die Deutsche Telekom ihre Ausbildungsquote drastisch runterfahren und ihre Ausbildungszentren in der Fläche der Republik reduzieren. Außerdem sollte über die Übernahmekosten von Absolventen verhandelt werden, mit dem Ziel der Telekom, weniger junge Leute zu schlechteren Konditionen zu übernehmen. Auch bestehende Vorruhestandsregelungen sollten aufgegeben werden. Doch das Engagement junger Telekom-Beschäftigter und konzer-



Foto: Kirill_M - Fotolia.com

tierte Aktivitäten von Betriebsräten und ver.di konnten diese Pläne verhindern.

Ein Scheitern des Vectoring-Antrags hätte eine ernste Gefahr für Ausbildungs- und Übernahmekosten bei der Telekom bedeutet! Deshalb haben ver.di-Vertreter auf Bundes- und Länderebene bei Politikern intensiv dafür geworben. Auch gegenüber der Bundesnetzagentur (BNetzA) wurde in einer Stellungnahme klar der Zusammenhang von Vectoring mit dem Breitbandausbau im Allgemeinen und mit Arbeitsplätzen im Besonderen herausgestellt.

Die Beschlussempfehlung der BNetzA zur Einführung der Vectoring-Technologie ist erfreulich. Damit kann dem Breitbandausbau der dringend notwendige Impuls gegeben werden, denn im internationalen Vergleich wird die Leistungsfähigkeit der deutschen TK-Infrastruktur höchstens mittelmäßig bewertet. Mit einer modernen und hochleistungsfähigen Breitbandinfrastruktur wachsen gesamtwirtschaftlich die Chancen auf Arbeitsplätze und eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit.

Christoph Heil

Weiter geht's im Innenteil auf Seite 4

Inhalt

Aufsichtsratswahl ver.di bei NetCologne	Seite 2
Richtigstellung Preis „Demokratie im Betrieb“	Seite 2
Kommentar Erfolg absehbar	Seite 3
Telekom Beamtenbeförderung 2012 und 2013 – Wir bleiben am Ball!	Seite 3
Beitragsanpassungen	Seite 3
Breitbandausbau Bahn frei für Vectoring und Beschäftigung	Seiten 4 + 5
Nokia Siemens Network Neues BenQ bei NSN?	Seite 6
Telekom Schließung T-Direkt	Seite 7
IBM Start in die Gehaltstarifrunde 2013	Seite 7
Deutscher BetriebsräteTag	Seite 7
Gute Arbeit „Instrument“ Gefährdungsbeurteilung	Seite 8

Termine

Berlin: Mitgliedergruppe ver.di-Senioren Charlottenburg/Spandau, Treffen am 27. Mai, um 18 Uhr, „Zur Sorgenpause“, Krowelstraße 7, 13581 Berlin.

Braunschweig: Senioren OV, FB 9/10: Info-Nachmittag jeden letzten Dienstag im Monat, 15 Uhr, „G-Hotel“, Dresdenstraße 10, Kontakt: Rainer Klose, Telefon 0 53 31/24 24.

Bremen: Senioren OV, FB 9/10: Treff jeden 1. Dienstag im Monat, 16 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofplatz.

Eschwege: BeG Senioren Werra-Meißner, FB 9/10, 16. Mai, 14 Uhr, Hospitalstraße 7, Besuch des Zinnfigurenkabinetts.

Frankfurt/Main: BeG Senioren Post/Telekom, Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, und Skatstammtisch jeden 2. Montag im Monat, 16 Uhr, Affentorschänke, Neuer Wall 9.

Fürth: BeG Fürth, FB 9/10: Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat, 14 Uhr, Pfarrzentrum St. Heinrich, Heinrichsklaus, Sonnenstraße 21. In den ungeraden Monaten finden Vorträge statt. 14. Mai, Bus- und Schiffahrt nach und in Passau.

Heidelberg: BeG Senioren, FB 9: jeden 2. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Gaststätte „Löwenkeller“, Rohrbacher Straße 92.

Kaiserslautern: Senioren FB 9 und 10: jeden 1. Mittwoch im Monat Treffen im Vereinsheim des ESC West, KL Vogelwoogstr. 59, um 15.30 Uhr.

Köln: BeG TI NL West Köln/Bonn: Jahreshauptversammlung, Donnerstag, 16. Mai, 16.30 Uhr, Innere-Kanalstraße 98, Raum 0.37.

Lübeck: BeG der DT TS Nord, FB 9, Bereich Lübeck: Treff jeden 1. Mittwoch im Monat, 16.30 Uhr, Fackenburger Allee 31, Raum V153.

München: BeGr Senioren München 7. Mai, 14 Uhr: Versammlung (großer Saal im Gewerkschaftshaus München), Thema: Trickbetrügereien und allgemeine Sicherheit, Referent: KOK a.D. F. Werner; 14. Mai, 8 Uhr, Treffpunkt Eisenstrasse (alter Botanischer Garten in München) Tagesausflug nach Ottobern (Besuch der Basilika) und Mindelheim; 11. Juni, 14 Uhr, Treffpunkt zur Stadtführung durch die Nymphenburgerstraße mit Franz Schröther beim Löwenbräu am Stiglmaierplatz, Anmeldung bei Marlene Buchmann, Telefon 0 89/5 99 77-71 06.

Münster: 3. Juni, Infonachmittag: Kundenberatung der Postbeamtenkasse, 11. Juni, 10 Uhr: Besichtigung der Kerzenfabrik Müller, 25. Juni: Tagesfahrt „Malerische Küstenfahrt“, Abfahrt: 6 Uhr, Münster, Infonachmittage jeweils um 15 Uhr im Kasino der Telekom, Dahlweg 100.

Neuss: SeniorenKreis Neuss: Sprechstunde in der ver.di-Geschäftsstelle, Hammer Landstraße 5, 3. Etage; immer 1. Montag im Monat, 10 bis 12 Uhr.

Nürnberg: BeG Senioren Nürnberg/Schwabach/Roth/Lauf, FB 1/9/10: Jeden 1. Donnerstag im Monat, um 14.30 Uhr, in der Gaststätte „Genossenschaftssaalbau“, Matthäus-Hermann-Platz 2; 16. Mai: Maifahrt, Abfahrt Langwasser Süd, 10 Uhr, Rückkehr ca. 21.30 Uhr; 6. Juni: Versammlung Beginn 14.30 Uhr, Referent: Ulli Schneeweiß, stellv. Geschäftsführer Mittelfranken „Rechtsradikalismus“; Urlaub und Informationsfahrt vom 26. bis 29. Juni nach Berlin, Bundestag Besichtigung und Teilnahme an einer Sitzung, Kahnfahrt im Spreewald, Programm bei Anneliese Klingert und W. Barnickel.

Oldenburg: Senioren OV FB 9/10 Gruppen: Digitalfotos, Auskunft: Walter Neugebauer, Telefon 0441/20 12 03; Basteln, Malen, Klönen, Skat Auskunft: Inge Frank, Telefon 0441/30 29 72, am 2. Dienstag jeden Monat, 9 Uhr, im „Ambiente“-Vereinslokal des PostSportVereins, Alexanderstraße 488; Jakkolo alle 3 Wochen, Kegeln alle 4 Wochen. Auskunft: Heinz Verseemann Telefon 0441/88 12 1; Fahrten, Auskunft: Manfred Lojowsky, Telefon 0441/30 10 69.

Ortenau: BeG Senioren P/T, Sprechstunde jeden Mittwoch, 11 bis 12 Uhr, ver.di-Geschäftsstelle Offenburg, Okenstraße 1c, auch Telefon 0781/ 91 71 14.

Ulm Neu-Ulm: BeG VE P/T: 20. Juni Jahresausflug nach Speyer, Anmeldung: Kollege Bernd Schilling, Telefon 07 31/38 47 46.

Weiden: BeG Sen. Nordoberpfalz FB 9/10: 5. Juni, 14 Uhr, Kriminalhauptkommissar P. Nöbner informiert über Haustürgeschäfte, Gaststätte „Bräustüberl“.

Wolfenbüttel: Senioren OV FB 9/10: Sprechstunde jeden Mittwoch für ver.di-Mitglieder, 9.30 bis 12 Uhr, ver.di-Büro, 1. Etage, Rosenwall 1, ver.di-Lohnsteuer-Service: Telefon 0 53 31/88 26 80.

Würzburg: BeG Senioren FB 9/10: 22. Mai, 10 Uhr, Tagesfahrt in die Haßberge; 6. Juni, 14.30 Uhr, Versammlung „Vierjahreszeiten“; 19. Juni, 12.15 Uhr, Retzbach „Winerhütte“, Treffpunkt: Hauptbahnhof.

Redaktionsschluss nächstes Heft: 13. Mai 2013

Aufsichtsratswahl

ver.di bei NetCologne

Bei dem Kölner Netzbetreiber NetCologne GmbH fanden am 16. und 17. April 2013 Aufsichtsratswahlen nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes statt. Es waren fünf Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmer zu wählen. Das Drittelbeteiligungsgesetz sieht neben den Wahlvorschlägen für betriebliche Arbeitnehmervertreter zunächst einmal keine Listen für Gewerkschaftsvertreter vor.

Auf Wunsch der ver.di-Betriebsgruppe kandidierte jedoch der hauptamtliche ver.di-Verhandlungsführer für Tarifverhandlungen bei NetCologne, Martin Hanz, auf dem Wahlvorschlag des Betriebsrates.

Durch einen fairen, aber zielgerichteten Wahlkampf ist es den Kolleginnen und Kollegen um den Betriebsgruppenvorsitzenden Bernd Schönau gelungen, dass Martin Hanz mit dem dritthöchsten Stimmresultat in den Aufsichtsrat gewählt wurde. Dieser Erfolg ist das Resultat einer engagierten Arbeit der „jungen“ ver.di-Betriebsgruppe bei NetCologne.

„Für meine Arbeit im Unternehmen und für die Beschäftigten der NetCologne ist diese Wahl ein echter Vertrauensbeweis“, sagte Martin Hanz. „Das Mandat als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat eröffnet die Chance einer besseren Vernetzung zwischen ver.di, den Betriebsräten und dem Unternehmen.“

Christoph Heil



Foto: privat

Richtigstellung

In der KOMM 2/2013 berichteten wir auf Seite 8, unter der Überschrift „Mit Warnstreik zum Erfolg“, über betriebliche Arbeitskampfaktionen beim CSC Zurich Account der CSC Deutschland Services GmbH. Die Darstellung ließ darauf schließen, dass die Beschäftigten beim CSC Zurich Account mit Forderungen nach einem Interessenausgleich und Sozialplan in den Warnstreik getreten seien. Das ist nicht richtig.

Richtig ist viel mehr, dass der Warnstreik im Zusammenhang mit laufenden Sozialtarifverhandlungen durchgeführt wurde. Der Warnstreik selbst hatte aber im Nebeneffekt positive Auswirkungen auf die parallel laufenden Verhandlungen im Zusammenhang mit Sozialplan und Interessenausgleich. Der Arbeitgeber bewegte sich hier deutlich auf die Forderungen der Beschäftigten zu und es konnte eine Einigung erzielt werden.

Preis „Demokratie im Betrieb“

Mit dem Preis „Demokratie im Betrieb“ zeichnet die Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben NRW im Jahr 2013 zum dritten Mal Initiativen, Projekte, Personen oder Aktionen aus, die für mehr Demokratie und Beteiligung in Unternehmen stehen. Kriterien für die Preisvergabe sind Teilorientierung, innovativer Charakter, Nachwuchsförderung, Geschlechtergerechtigkeit und Förderung von Partizipation im Betrieb. In 2013 sind zusätzlich auch Initiativen gegen Rechtsextremismus und die

Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Unternehmen als Kriterien aufgenommen worden, nach denen die Jury die Vorschläge bewertet. Die Jury besteht aus prominenten Vertreterinnen und Vertretern der Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft.

Vorschläge können bis zum 14. Juni bei Arbeit und Leben NRW eingereicht werden. Die ersten Preise werden im November im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung überreicht.

➤ www.aulnrw.de

Erfolg absehbar

Die Bundesnetzagentur will Vectoring erlauben, unter Bedingungen, die auf einen fairen Ausgleich zwischen den Wettbewerbern zielen. Der Aufsichtsrat schlägt der Telekom-Hauptversammlung vor, die Dividende wahlweise in Aktien ausschütten zu lassen. Ab 2014 soll sie auf 50 Cent sinken. Mit der Umwandlung der Dividende in Aktien und der Absenkung werden Investitionsspielräume freigesetzt. Die Telekommer haben die Chance erkannt und zeigen eine hohe Bereitschaft sich im Vectoringausbau funktionsübergreifend zu engagieren.

Die Startvoraussetzungen sind gut, unser gewerkschaftliches Engagement hat sich gelohnt. Über Jahre haben wir dafür geworben, Infrastruktur und Beschäftigung den Vorrang vor Preissenkung zu geben. Jetzt werden die Regulierung und die Unternehmensplanung,

zumindest die der Telekom, darauf ausgerichtet. Es passt ins Bild, dass der Preis für die Vermietung von Telekom-Anschlussleitungen („TAL“-Entgelte) an Konkurrenten nahezu stabil bleibt. Das könnte eine Kehrtwende in der Telekommunikationsregulierung darstellen: weg vom Armsparen in der Branche hin zu mehr Infrastrukturausbau.

65 Prozent der Haushalte will allein die Telekom mit ihrem Vectoringausbau erreichen. Unsere Anstrengungen müssen darauf ausgerichtet sein, politische Konzepte auch für den Ausbau der restlichen 35 Prozent zu finden. Es wird wieder um Finanzierung und um Förderung gehen, und der Staat ist nach wie vor in der Verpflichtung.

Gewerkschaftliches Engagement in der Regulierungspolitik, in der Betriebspolitik und in der Tarifpolitik bietet die Chance auf ein neues Zukunftsbild – eine attraktive Telekom-Story, die sich deutlich vom Personalabbau der Vergangenheit unterscheidet.

Über 5700 Nachwuchskräfte will die Telekom in den kommenden Jahren einstellen, jedes Jahr über 3000 junge Menschen ausbilden, 2000 ältere sollen in Altersteilzeit gehen können und in den Service-Gesellschaften wächst Beschäftigung leicht, statt rapide zu sinken. Diese Zukunft haben wir uns errungen.

Die Regulierungsempfehlung zu Vectoring gibt aber auch den Konkurrenten der Telekom eine Eigentumsgarantie und einen Antrieb, in Infrastruktur und damit in Beschäftigung zu investieren. Das sind gute Vorzeichen für den Erfolg eines Breitbandausbaus, wie ihn ver.di seit Jahren fordert. Dies kann die weitreichendste Trendwende zugunsten von Infrastruktur und Beschäftigung werden, die die Regulierungspolitik in den letzten Jahren gefördert hat. Man hat auf unsere Argumente gehört.

Peter Praikow



Foto: privat

Telekom

Beamtenbeförderung 2012 und 2013 – Wir bleiben am Ball!

Der Konzernbetriebsrat (KBR) und ver.di haben im Jahr 2012 gemeinsam erreicht, dass die Telekom ihre Entscheidung revidiert hat, in 2012 überhaupt nicht zu befördern. Zeitlich eng begrenzt wurde über Konzernbetriebsvereinbarungen verhandelt, die geändert werden mussten. Dabei konnte sich der KBR gegenüber dem Arbeitgeber nicht mit der Einschätzung durchsetzen, dass es rechtlich problematisch sei, nur soviel Bestbeur-

teilungen („O“) zu vergeben wie dann später Planstellen für die Beförderungen (ca. 2700) zur Verfügung stehen. Die Telekom hatte sich von einem renommierten Staatsrechtler dazu ein Gutachten eingeholt, das ihre rechtliche Beurteilung stützte.

Einige Verwaltungsgerichte und das Oberverwaltungsgericht NRW in Münster urteilten, dass die vom Arbeitgeber favorisierte Vorgehensweise nicht mit den beamtenrechtlichen Regelungen vereinbar ist. Durch die Gerichte wurde die Beförderungsrunde 2012 in Gänze – außer für den einfachen Dienst – gestoppt.

Schon frühzeitig hat sich eine Arbeitsgruppe beim KBR mit einem auf Beamtenrecht spezialisierten Rechtsanwalt gemeinsam mit ver.di mit dieser Thematik beschäftigt. Dabei wurden Grundsätze und Eckpunkte für den KBR erarbeitet, die in neuen Verhandlungen zu einem rechtlich gesicherten Beurteilungssystem führen sollen. Das Ziel ist, Beförderungen noch in 2013 oder aber Anfang 2014 zu ermöglichen, denn allein die IT-technische Vorbereitung der Beurteilungen benötigt laut Telekom vier (!) Monate.

Mit diesem Zwischenbericht soll deutlich gemacht werden, dass sich ver.di und KBR permanent um die Belange der beamteten KollegInnen, ob aktiv, zugewiesen oder beurlaubt, kümmern. Es ist dabei festzuhalten, dass sich mit den Änderungen des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes in 2009 und dem dort vollzogenen Paradigmenwechsel vom Senioritäts- hin zum Leistungsprinzip auch im Beamtenrecht die Rahmenbedingungen enorm verändert haben.

Andreas Franke

Beitragsanpassungen

Die Umwandlung der variablen Vergütungsbestandteile ab Januar 2013 in eine gesicherte Vergütung muss nun noch für die Beitragszahlung umgesetzt werden. Bei den LuG-ZahlerInnen (Lohnabzugsverfahren) hängt es zurzeit an Programmierungsproblemen innerhalb der Telekom. Die LastschriftzahlerInnen werden in absehbarer Zeit auf die neue Beitragshöhe angesprochen bzw. meldet Euch bitte wegen vorzunehmender Beitragsanpassungen.

Impressum

KOMM Nr. 3/2013;

13. Jahrgang; Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft; Bundesvorstand: Frank Bsirske, Lothar Schröder; Fachbereich TK/IT, Paula-Thiede-Ufer 10, 10170 Berlin, Telefon: 030/6956-0, Internet: <http://tk-it.verdi.de>; **Erscheinungsweise:** 8 Ausgaben pro Jahr; **Redaktion:** Christoph Heil, Silke Leuckfeld; **E-Mail:** redaktion.komm@verdi.de; **Gesamtherstellung:** alpha print medien AG, Darmstadt; **Auflage:** 112.600; **Anzeigen und Beilagen:** PGH Media, H.-J. Hasenbank; Telefon: 06181/9397-28, Fax: -29; Anzeigenverwaltung: apm AG, Telefon: 06151/8601-0, Fax: 06151/8601-240.

Bahn frei für Vectoring und Beschäftigung

Die Bundesnetzagentur hat am 9. April den Antrag der Telekom Deutschland auf Zulassung der Vectoring-Technologie für den breitbandigen Ausbau der TK-Netzanschlüsse weitgehend positiv entschieden und einen entsprechenden Entwurf vorgestellt. ver.di begrüßt die Entscheidung, betonen wir doch seit Jahren die gesellschafts- und beschäftigungspolitische Bedeutung des Breitbandausbaus und kritisieren den schleppenden Fortschritt in Deutschland (KOMM 6/2012).

Vectoring ist eine Brückentechnologie, die den glasfaserbasierten Breitbandausbau deutlich näher zu den Kunden bringt. Durch Vectoring können Teilnehmer mit bis zu 100 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) ins Internet gehen. TK-Netzbetreiber gewinnen mit dieser Technologie gegenüber TV-Kabelnetzbetreibern deutlich an Wettbewerbsfähigkeit. Die Modernisierung der bestehenden Kupfernetze via Vectoring bedarf erheblicher Investitionen, ist aber wesentlich günstiger als ein flächendeckender Ausbau von Glasfasernetzen bis zu den Haushalten (FttH – fiber to the home). Ein FttH-Ausbau wurde von den TK-Netzbetreibern bislang wegen der enormen Investitionsrisiken weitgehend vermieden. Beim Vectoring-Ausbau fließen die notwendigen Investitionen erst mal

hauptsächlich in die Modernisierung der Kabelverzweiger (KVZ), also in tausende grauer Kästen an den Straßenrändern. Außerdem muss eine Glasfaserinfrastruktur bis zu den KVZ errichtet werden. Das bedarf erheblicher Anschluss- und Installationsarbeiten. Das bedeutet Arbeit, die zum großen Teil durch Beschäftigte in der TK-Branche geleistet werden wird. Damit wird die Modernisierung der TK-Netze mit Vectoring im erheblichen Maße Arbeitsplätze sichern. Arbeitsplätze, die durch die Effizienzsteige-

rungen der Next-Generations-Networks akut bedroht sind. Deshalb war und ist es für ver.di wichtig, dass Vectoring die Zulassung von der Bundesnetzagentur erhält, und dadurch Investitionen in Vectoring und somit auch Beschäftigungssicherung ermöglicht werden.

Akute Bedrohungen für Ausbildung und Arbeitsplätze abgewendet

Noch im Sommer 2012 waren die Bedrohungsszenarien für die Beschäftigten und die Auszubildenden im Telekom-Konzern greifbar. Die Arbeitgeberin wollte weiter mit angezogener Handbremse am Markt agieren, bei Investitionen und bei den Beschäftigten reduzieren, um die Bilanz zu entlasten. Ein Plan wurde CAMPUS betitelt und zielte auf die Reduktion der Ausbildungsplätze und die Zentralisierung der Ausbildungszentren. Hinzu kamen Pläne der Telekom, die Zahl der unbefristeten Vollzeitübernahmen von Nachwuchskräften zu reduzieren. Nachwuchskräfte sollen außerdem zukünftig zu schlechteren Konditionen weiter beschäftigt werden. Aber auch für die ältere Beschäftigten im Konzern sollten die Rahmenbedingungen verändert werden: Die Telekom zielte noch im Spätsommer 2012 auf die Kündigung der Vereinbarungen zwischen ver.di und Arbeitgeber, was Altersteilzeit und Vorruhestand angeht. Alles in allem ein Szenario, welches die Perspektiven für junge Menschen im Telekom-Konzern erheblich verschlechtert hätte. Ältere Beschäftigte hätten länger arbeiten sollen und nur wenige Junge wären auf schlechter bezahlten Stellen nachgerückt. Arbeit im Zusammenhang mit Aktivitäten im Breitbandausbau sollten durch Ausschreibungen an externe Unternehmen vergeben werden.

Diese Pläne waren für die Betriebsräte, für die Auszubildenden und für ver.di nicht hinnehmbar. In vielen betrieblichen Aktionen haben vor allem die Auszubildenden für den Erhalt einer stabilen Ausbildungsquote in Höhe von 2,9 Prozent der inländischen Beschäftigten und für die umfassende Übernahme von Nachwuchskräften gefordert. Außerdem sollten entsprechende Regelungen zu Vorruhestand oder Altersteilzeit neu aufgelegt werden, so dass ältere Kolleginnen und Kollegen durch ihr Ausscheiden auf freiwilliger Basis Platz für Jüngere machen können. Eine weitere wichtige Forderung, die ver.di seit Jahren vertritt, ist, so viel Arbeit wie möglich im Konzern zu halten und so wenig wie möglich extern zu vergeben.

Ein schlagendes Argument für uns war, dass mit einer überalternden Belegschaft es immer schwieriger werden wird, die Herausforderungen am Markt – insbesondere beim Breitbandausbau – zu bewältigen.

Nach massivem ver.di-Druck, auch mit den engagierten Aktionen der Jugend, konnte ver.di mit der Telekom schließlich eine Einigung zu Beschäftigungsperspektiven für die Jahre 2013 bis 2015 erzielen. Die vom Telekom-Management verfolgten zukunftsgefährdenden Vorstellungen waren damit vom Tisch. Insgesamt wird die Deutsche Telekom in den Jahren 2013 bis 2015 aus der eigenen Ausbildung heraus 5780 Einstellungen von Nachwuchskräften vornehmen. Besonders erfreulich sind die Regelungen zur unbefristeten Übernahme von Nachwuchskräften in Bereichen, die unmittelbar mit den bevorstehenden Vectoring-Ausbaumaßnahmen in Verbindung stehen, also z. B. bei der Deutschen Telekom Technik und bei der Deutschen Telekom Technischer Service.

Ein weiterer Erfolg bei den Verhandlungen ist, dass die bisherige Regelung einer jährlichen Ausbildungsquote in Höhe von 2,9 Prozent des inländischen Konzernpersonalbestandes bis 2015 fortgesetzt wird. Dies bedeutet eine jährliche Ausbildungsquote von ca. 3100 Ausbildungsplätzen!

Last but not least verständigten sich ver.di und Arbeitgeber darauf, die Ende 2012 auslaufenden Tarifverträge zur Altersteilzeit unbefristet zu verlängern. Zwischen ver.di und Telekom werden ab 2015 jährlich die Quoten für Altersteilzeitverträge ausgehandelt. 2013 und 2014 müssen mindestens 2000 ATZ-Verträge neu abgeschlossen werden.

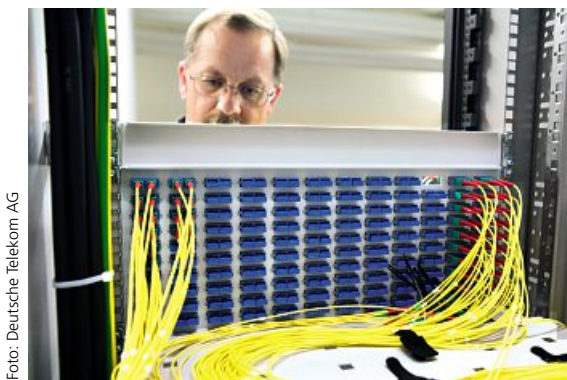


Foto: Deutsche Telekom AG



Die getroffenen Verabredungen zwischen ver.di und Telekom sind weitreichend und sehr positiv. Allerdings ist auch allen Beteiligten klar, dass diese Verabredungen nur durchzuhalten sind, wenn dem Breitbandausbau durch die Zulassung von Vectoring neuer Schwung verliehen wird.

Vectoring für alle, Arbeitsplätze für Deutschland

Noch ist die Entscheidung der Bundesnetzagentur zu Vectoring nicht durch. Der Entwurf wird nach seiner Veröffentlichung vier Wochen zur Konsultation gestellt und alle Interessierte können in dieser Zeit Änderungswünsche einbringen, die von der BNetzA zu prüfen sind. Außerdem muss die Bundesnetzagentur den Entwurf auch der EU-Kommission zur Kenntnis bringen. Die EU-Kommission kann gegen die Entscheidung Einspruch einlegen. Die BNetzA wäre daran zwar nicht gebunden, aber im Rahmen der europäischen Harmonisierungsbemühungen dürfte es politisch schwer werden, sich über einen Einspruch der EU-Kommission hinwegzusetzen.

ver.di wird deshalb seine Bemühungen fortführen, um für die Einführung von Vectoring zu werben. Wir brauchen den Breitbandausbau, wir brauchen eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur. Bis dahin ist es jedoch ein weiter Weg. Vectoring ist als Brückentechnologie hervorragend dazu geeignet, eine große Etappe hin zu FttH zu absolvieren. Eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur kann aber nicht alleine durch die Telekom geleistet werden. Dazu braucht es auch andere investitionswillige Netzbetreiber, die ihre Basis für einen gesunden Wettbewerb bereits in den letzten Jahren gelegt haben. In einigen Regionen Deutschlands ist eine hochleistungsfähige TK-Infrastruktur ohne andere

TK-Netzbetreiber nicht vorstellbar. Viele Wettbewerber der Telekom agieren am Markt technologisch und betriebswirtschaftlich auf Augenhöhe mit der Telekom. Sie sind in den letzten Jahren z. T. durch erhebliche Investitionen ins Risiko gegangen. Nicht zuletzt deshalb ist der Bundesverband Breitbandkommunikation e. V. (BREKO) über die BNetzA-Entscheidung zum Vectoring enttäuscht. Für die Wettbewerber würde der Breitbandausbau massiv erschwert. Die BNetzA sei in vielen Punkten dem Antrag der Telekom Deutschland gefolgt, und es würden bereits getätigte Infrastrukturinvestitionen der Wettbewerber entwertet und der dringend erforderliche weitere Ausbau deutlich erschwert. Nach BREKO-Angaben

haben die Mitgliedsunternehmen allein im Jahr 2012 rund 1,5 Milliarden Euro in den Breitbandausbau investiert.

Die größte Unsicherheit für die Wettbewerber entsteht offenbar durch die Möglichkeit der Telekom, zukünftig Wettbewerber den Zugang zu den Kabelverzweiger zu verwehren, wenn dadurch der Vectoring Betrieb im Gehäuse des KVZ gestört würde. Mehrere Gutachten bestätigen, dass es nicht ohne gegenseitige Störung möglich ist, mehrere Netzbetreiber in einem Vectoring-KVZ unter zu bringen. Die Bundesnetzagentur sieht deshalb weitreichende Kündigungsrechte der Telekom gegenüber mitbenutzenden Wettbewerber vor.

Hier plädiert ver.di für die Ausgestaltung fairer Spielregeln. Die Argumente für Ausbildung und Arbeitsplätze sind kein Exklusivargument für die Deutsche Telekom. Auch Wettbewerbsunternehmen bilden eigene und zum Teil dringend gebrauchte Fachkräfte aus. Und die Erfahrung zeigt, dass tendenziell Unternehmen, die investieren, auch stabile und gute Arbeitsplätze bieten. Hier darf sich ver.di nicht erlauben, die Argumentationskette zu kappen. Wer investiert und den Breitbandausbau in Deutschland nach vorne bringt, dem dürfen keine Steine durch regulatorische Rahmenbedingungen in den Weg gelegt werden.

Christoph Heil

Eckpunkte der Beschlussempfehlung:

- ▶ Die Bundesnetzagentur erlaubt grundsätzlich und unter bestimmten Rahmenbedingungen die Nutzung von Vectoring zur Verbesserung der Bandbreiten von Teilnehmeranschlussleitungen.
- ▶ Übergeordnetes Ziel ist die Verbesserung der allgemeinen Breitbandversorgung in Deutschland. Vectoring dient als „Brückentechnologie“. Mit Vectoring kommt die Glasfaser bis zum Kabelverzweiger – und somit wesentlich näher hin bis zum Endkunden.
- ▶ Für die Nutzung von Vectoring kann der Zugang von Wettbewerbern im Gehäuse des Kabelverzweigers (KVZ) eingeschränkt werden. Dabei ist entscheidend, wer am schnellsten die meisten KVZ mit Vectoring im Bereich eines Ortsnetzes erschließt.
- ▶ Grundsätzlich gilt aber: Die Telekom muss weiterhin Zugang zum KVZ gewähren, solange keine Vectoring-Technik im Gehäuse installiert wird. Nach wie vor haben Telekom und Wettbewerber die Möglichkeit überall KVZ's mit VDSL zu erschließen.
- ▶ Eigentums-Privileg der Telekom: Die KVZ gehören in der Regel der Deutschen Telekom. Unter bestimmten Umständen kann die Telekom Wettbewerbern, die KVZ für die VDSL-Nutzung erschlossen haben, kündigen oder sie sogar verdrängen, um selbst Vectoring-Technik zu installieren.
- ▶ Wird der Zugang am KVZ wegen der Installation von Vectoring eingeschränkt, weil der KVZ-Betreiber (Telekom oder Wettbewerber) Vectoring im KVZ nutzt, so muss der Betreiber im Rahmen eines offenen Netzzugangs („open access“) ein angemessenes Bitstromprodukt anbieten.

Neues BenQ bei NSN?

Nokia Siemens Network (NSN) gab Ende letzten Jahres Pläne bekannt, seine Service-Tochter (NSN-S) bis spätestens Ende 2013 schließen zu wollen. Mit der Schließung würden rund 1000 Arbeitsplätze wegfallen. Betroffen sind auch viele ehemalige Telekommer. Doch die Beschäftigten und die Gewerkschaften ver.di und IG Metall nehmen diesen Kahlschlag nicht hin und versuchen durch Proteste und Appelle das Management wenigstens zu anständigen Regelungen bei den Interessenausgleichs- und Sozialplanverhandlungen zu bewegen. Jüngste Höhepunkte waren Mahnwachen vor der Telekom-Hauptstadtrepräsentanz in Berlin und vor der Telekom-Zentrale in Bonn.



Demonstration der NSN-Beschäftigten in München. Foto: ver.di

Ursachen für die betriebswirtschaftliche Misere werden von den NSN-Beschäftigten vor allem in einem verfehlten Management und nicht eingehaltener Versprechungen der Deutschen Telekom gesucht. NSN hatte die Service-Einheit Vivento Technical Services (VTS) Anfang 2008 von der Deutschen Telekom erworben. Das Unternehmen baute und wartete Netzinfrastrukturen. Für die Telekom wartete NSN Services das oberirdische Telefonnetz. Bei der Übernahme war ein über fünf Jahre laufender Dienstleistungsvertrag im Wert von 300 Millionen Euro vereinbart worden. Dieser Vertrag wurde Ende 2012 von der Telekom gekündigt. Verhandlungen über einen Nachfolgeauftrag waren gescheitert und damit die Existenzgrundlage für NSN Services entzogen.

Das NSN-Management hatte es über fünf Jahre hinweg nicht fertiggebracht, andere entsprechende Aufträge am Markt zu akquirieren, um die Service-Einheit aus der fatalen (Auftrags-)Abhängigkeit zu lösen. Erschwerend kam hinzu, dass die Telekom die Preise für ihre Aufträge immer stärker nach unten drückte.

Auftragsabhängigkeit und Preisdumping lassen aus ver.di-Sicht nur den Schluss zu, dass beide Seiten von vornherein mit den Beschäftigten ein falsches Spiel gespielt haben. Die Telekom hat mit Millionenaufwand das vermeintlich überzählige Personal an NSN verkauft und NSN hat sich als Ge-

genleistung zum Vollstrecker einer rücksichtslosen Personalpolitik des Telekomkonzerns gemacht. „Dieses perfide Vorgehen erinnert stark an die skandalösen Vorgänge um SIEMENS und BenQ. Und an vielen Stellen tun sich auch die entsprechenden Parallelen auf!“, stellte Mike Döding, zuständiger Unternehmensbetreuer bei ver.di, fest.

Die junge Geschichte der NSN-S zeigt, dass nicht nur die NSN-Geschäftsführung, sondern auch die Deutsche Telekom gegenüber den NSN-S-Beschäftigten Verantwortung zu tragen hat. Die Telekom kann maßgeblich dazu beitragen, den ehemaligen VTS-Kollegen Hoffnung und Perspektiven zu geben. Mike Döding: „Für den anstehenden Breitbandausbau braucht die Deutsche Telekom dringend Fachkräfte, die sie bei der NSN-S finden wird. ver.di wird sich dafür einsetzen, einen Übergang von ehemaligen VTS-Beschäftigten zur Telekom zu ermöglichen. Das könnte ein Positivsummenspiel für die Beteiligten werden: Die von Arbeitslosigkeit betroffenen Beschäftigten bekämen eine neue Chance und die Telekom erhielte ausgebildete Fachkräfte, die den Konzern bei dem Breitbandausbau wertvolle Unterstützung brächten.“

Doch noch ist es nicht so weit. Bis zum heutigen Tag haben die Geschäftsführungen von NSN-S und des Mutterkonzerns NSN nicht einmal den Anstand, konstruktive Angebote zur Entwicklung von Perspektiven

für die Beschäftigten zu machen. Für die zu meist langjährig Beschäftigten ist das ein Skandal, der seinesgleichen sucht. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund, dass durch die NSN in den vergangenen Jahren von der Belegschaft immer wieder Einschnitte in die Arbeitsbedingungen abverlangt wurden, die von Lohnverzicht bis Arbeitszeitverlängerung reichten.

Die Beschäftigten der NSN-S machten in den vergangenen Wochen eindrucksvoll deutlich, dass sie nicht bereit sind, sich dieses Vorgehen weiter gefallen zu lassen. Auf der CeBit, vor der Hauptstadtrepräsentanz der Deutschen Telekom in Berlin, vor der NSN-Zentrale in München oder vor der Telekom-Konzernzentrale in Bonn – überall machen die KollegInnen mit Mahnwachen, Demonstrationen und Kundgebungen auf ihr Schicksal aufmerksam und versuchen die Arbeitgeberseite bei den Verhandlungen zu einem Interessenausgleich und Sozialplan zum Einlenken zu bewegen. Mit Solidaritätsadressen haben sich die Betriebs-, Gesamt- und Konzernbetriebsräte der Deutschen Telekom solidarisch erklärt und ihre Unterstützung erklärt. Wir erwarten von der Deutschen Telekom, dass sie ihre abwartende Haltung endlich aufgibt, sich zu den betroffenen KollegInnen bekennt und unseren Mitgliedern eine Beschäftigungsperspektive eröffnet.

Christoph Heil

Schließung T-Direkt

Am 24. Januar 2013 erfuhr der Betriebsrat während eines turnusmäßigen Gesprächs mit der Geschäftsführung der T-Direkt, dass der Betrieb zum 31. März geschlossen werden soll.

Als Gründe für die Schließung nannte der Arbeitgeber die schlechten Zahlen in den letzten Jahren. Ferner ist wohl in Zukunft auch keine Verbesserung der Ertragslage ersichtlich, so dass sich aus Sicht des Arbeitgebers keine Möglichkeit ergibt, den Betrieb unter den schwierigen Umständen fortzuführen. Auch alle Bemühungen, die T-Direkt in anderen Konzernteilen der Deutschen Telekom AG zu entwickeln, sind laut Arbeitgeber gescheitert. Von der Betriebsschließung sind rund 250 Beschäftigte aus der ganzen Bundesrepublik betroffen. Der Schock der Schließung sitzt tief, denn noch Ende 2012 betonte der Arbeitgeber auf einer Betriebsversammlung, dass die Situation in Ordnung wäre und die Beschäf-

tigten nichts zu befürchten hätten. Gegen die Ankündigung der Schließung legte ver.di scharfen Protest ein. Die Vorgehensweise und Kurzfristigkeit zeuge von einem schlechten Stil. Im Vorfeld wurde weder mit ver.di, noch mit den Betriebsräten über eine drohende Schließung gesprochen. Betriebsrat und ver.di setzten alles daran, zeitnah Forderungen für die anstehenden Interessenausgleichs- und Sozialplanverhandlungen zu erstellen. Bis nach

Redaktionsschluss befand sich der Betriebsrat noch in den Verhandlungen, um die Beschäftigten bestmöglich vor den negativen Folgen der Schließung zu schützen. Betriebsbedingte Beendigungskündigungen sind ausgeschlossen. Die geplante Schließung zum 31. März 2013 konnte aufgrund des straffen Zeitplans nicht eingehalten werden, über den endgültigen Termin wird mit der T-Direkt noch verhandelt.

Rebecca Munko



Beschäftigte protestieren bei der Betriebsversammlung am 13. Februar in Frankfurt am Main.

Foto: ver.di

IBM

Start in die Gehaltstarifunde 2013

Nach einer ausführlich geführten Diskussion zur Forderungsfindung mit insgesamt 13 Mitgliederversammlungen der ver.di-Betriebsgruppen bei IBM, kann die Gehaltstarifunde im Konzern starten. Die neu gewählte ver.di-Tarifkommission im IBM-Konzern hat am 15. März alle Forderungsempfehlungen konsolidiert und die Forderung beschlossen:

- ▶ 6,5 Prozent Erhöhung der Tarifgehälter mit Weitergabe der Erhöhung auf die Ist-Gehälter aller ver.di-Mitglieder bei einer Mindesterrhöhung von 250 Euro
- ▶ Verbesserungen für Dual Studierende
 - Besondere Fahrtkostenregelung Mainz-Mannheim
 - Anhebung der Verpflegungsmehraufwendungen
 - Kantinenzuschuss
- ▶ Verbesserungen für Beschäftigte der CSS
 - Anpassung der Gehaltsgrenzen
 - Tarifvertragliche Regelungen zur Gleichstellung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern.

Der Beschluss wurde vom Bundesfachbereichsvorstand am 19. März 2013 bestätigt.

Die IBM-Beschäftigten erwarten in diesem Jahr eine verbesserte Beteiligung am Erfolg des Unternehmens. Während die Gewinne pro Aktie bei IBM (EPS – Earnings per Share) in den letzten zehn Jahren durchgehend im zweistelligen Prozentbereich gewachsen sind, sind nun auch die IBMerinnen und IBMer an der Reihe. Sie haben mit ihrer Arbeit diese gigantische Entwicklung in wesentlichen Teilen erarbeitet.

Die ver.di-Tarifkommission im IBM-Konzern hat zudem weitere Weichenstellungen vorgenommen und sowohl die neue Verhandlungskommission bestimmt, als auch ein weiteres Signal in Richtung IG Metall gesendet: Mit der Neufestlegung der ver.di-Mitglieder für die sogenannte „5+5-Runde“ – dem geplanten Kooperationsgremium von ver.di und IG Metall bei IBM – ist ver.di nun vorbereitet, die Zusammenarbeit mit einer neuen Qualität umzusetzen.

Bert Stach

Deutscher BetriebsräteTag

Am 16. und 17. Oktober 2013 findet in Bonn wieder der Deutsche Betriebsräte-Tag statt. Eingeladen sind Betriebsräte aller Branchen aus ganz Deutschland. Wie in den Jahren zuvor soll der direkte Erfahrungsaustausch im Vordergrund stehen.

Dabei stellen die Nominierten und Preisträger des Deutschen Betriebsräte-Preises ihre Ansätze für betriebliche Herausforderungen und Tipps für Lösungen vor. Höhepunkt der zweitägigen Tagung ist die Verleihung des Deutschen Betriebsräte-Preises 2013 für ausgezeichnete Praxisbeispiele.



➤ www.betriebsraetetag.de

„Instrument“ Gefährdungsbeurteilung

Fehlbeanspruchungen der Beschäftigten nehmen zu

80 Prozent der Beschäftigten müssen in der gleichen Zeit immer mehr leisten – die Arbeitsintensität steigt. 56 Prozent der Beschäftigten in Deutschland sehen sich einer starken oder sehr starken Arbeitshetze ausgesetzt. Dort wo die Arbeitsintensität gestiegen ist, fühlen sich sogar 71 Prozent der Beschäftigten ausgebrannt. Das zeigen die Ergebnisse der Repräsentativumfrage 2012 zum DGB-Index Gute Arbeit.

Die Beschäftigten sind allerdings nicht nur mit einer gestiegenen Arbeitsintensität, sondern gleichzeitig mit der Prekarisierung (z. B. Befristung) von Arbeitsverhältnissen konfrontiert. Dazu kommen in manchen Bereichen häufige Um- und Restrukturierungen, unzureichend organisierte Arbeitsabläufe und mangelnde Wertschätzung durch Füh-

rungskräfte. Kein Wunder also, dass immer häufiger die Beschäftigten erst aus dem Takt und dann aus dem Tritt geraten. Die Zahlen von Arbeitsunfähigkeit und verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund von psychischen Störungen nehmen zu. Das belegen die Zahlen der Renten- und Sozialversicherungen und Krankenkassen. Zudem zeigt sich, dass die Arbeitswelt in das Privatleben eingreift, indem viele Beschäftigte außerhalb ihrer normalen Arbeitszeit erreichbar sein müssen und viele nach der Arbeit nicht abschalten können. Das zeigen auch die Daten der ver.di Sonderauswertung.

Arbeitgeber stehlen sich aus ihrer Verantwortung

Die Einzelnen werden immer stärker aufgefordert, die „Leistungsziele“ zu erreichen und durch gute Lebensführung für ihre

persönliche „Work-Life-Balance“ und Gesundheit zu sorgen. Andererseits wird das Arbeitsschutzgesetz und das – gesetzlich verpflichtende – Instrument der Gefährdungsbeurteilung faktisch von den Arbeitgebern ignoriert. Das zeigen zumindest die Ergebnisse der Repräsentativbefragung DGB-Index 2012: Nur bei 28 Prozent der Beschäftigten ist eine (vollständige) Gefährdungsbeurteilung, wie sie vom Arbeitsschutzgesetz gefordert wird, überhaupt durchgeführt worden. Dabei wurde nur bei knapp einem Drittel der durchgeführten Gefährdungsbeurteilungen nach psychischen Stressfaktoren gefragt. Das bedeutet: Insgesamt wurden nur neun Prozent aller Beschäftigten nach psychischen Stressfaktoren befragt. Diese mangelhafte Umsetzung des Arbeitsschutzgesetzes seitens der Arbeitgeber ist ein Armutszeugnis. *Anke Thorein*

Gemeinsam für GUTE ARBEIT in ver.di

Gefährdungsbeurteilungen im Dienstleistungs-Sektor

So sehen die Beschäftigten die Lage:

„Wurde an Ihrem Arbeitsplatz in den letzten zwei Jahren eine Gefährdungsbeurteilung durchgeführt?“

Nur 28 Prozent aller Dienstleistungs-Sektor-Beschäftigten in Deutschland antworten darauf mit „Ja, einmal oder mehrmals“.

„Wurden Sie im Rahmen dieser Gefährdungsbeurteilung nach Stressfaktoren befragt, die Sie psychisch belasten, wie z. B. Zeitdruck, einem Übermaß an Arbeitsmenge, Arbeitsintensität oder problematischem Führungsverhalten?“

Nur 32 Prozent der in den Dienstleistungs-Branchen Beschäftigten, deren Arbeit einer Gefährdungsbeurteilung unterzogen wurde, antworten darauf mit „Ja“. Das heißt:

Nur insgesamt neun Prozent aller Beschäftigten des Dienstleistungs-Sektors in Deutschland wurden im Rahmen einer Gefährdungsbeurteilung gefragt, welchen psychischen Stressfaktoren sie sich im Zusammenhang mit ihren Arbeitsbedingungen, -abläufen und -aufgaben ausgesetzt sehen.

All diese Ergebnisse weisen auf eine Schiefelage in den Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in Deutschland hin. ver.di begegnet dieser Entwicklung entschlossen, denn ver.di schließt mit dem Thema Gefährdungsbeurteilung als einem Bestandteil in seinen betrieblich verankerten Aktivitäten thematisch an diese Problematik an und verweist somit auf die hohe Relevanz von guter Arbeit für die Beschäftigten sowie auf das Recht auf Gute Arbeit.

ver.di-Online-Handlungshilfe zum Thema Gefährdungsbeurteilung, zu finden unter:

➤ www.verdi-gefaehrdungsbeurteilung.de

Die Handlungshilfe enthält grundlegende Informationen sowie diverse ver.di-Veröffentlichungen zum Themenfeld Arbeits- und Gesundheitsschutz, die in Bezug zur Gefährdungsbeurteilung für das gesamte Betriebsrats- oder Personalratsgremium interessant sind.